

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik, Christoph Wolf und Alexander Petschnig auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 281) betreffend Abhaltung von Diskussionsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit Politikerinnen und Politikern (Zahl 22 - 203) (Beilage 315).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik, Christoph Wolf und Alexander Petschnig auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Abhaltung von Diskussionsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit Politikerinnen und Politikern, in seiner 05. Sitzung am Mittwoch, dem 30. September 2020, beraten.

Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik, Christoph Wolf und Alexander Petschnig auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Abhaltung von Diskussionsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit Politikerinnen und Politikern, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 30. September 2020

Der Berichterstatter:
Mag. Christoph Wolf, M.A. eh.

Der Obmann:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 30. September 2020

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 22 - 203, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen im Bereich politische Bildung für SchülerInnen

Politische Bildung in allen Schulstufen ist ein wichtiger Beitrag zur laufenden Weiterentwicklung und Förderung der Demokratie. Die Möglichkeit während der Unterrichtszeit einen Einblick in den politischen Alltag zu nehmen besteht bereits durch die zahlreichen Angebote, welche im Rahmen der Initiative #politikerleben ins Leben gerufen wurden.

Die Grundidee ist durch Besuche und Führungen einen Einblick hinter die Kulissen des Burgenländischen Landtages zu erhalten. Im Rahmen dieser Einblicke erleben die Schülerinnen und Schüler Politik hautnah. Dieser Grundgedanke soll weiterentwickelt werden. Für eine schulische Vorbereitung sollen Lernmaterialien sowie Begleitmaterialien für PädagogInnen erstellt werden. Die Jugendlichen sollen in weiterer Folge Entschließungsanträge für relevante Themen aus ihrer Lebenswelt vorbereiten. In einem nächsten Schritt sollen die Jugendlichen versuchen Abgeordnete davon überzeugen, dass diese ihre Anträge für sie in den Landtag einbringen. Dies soll bewirken, dass Jugendliche auf der einen Seite inhaltlich in einer vertieften Weise in politische Themenfelder eingeführt werden, andererseits sollen Jugendliche selbst die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung bei ihrem Besuch im Landhaus miterleben und mitgestalten dürfen.

Die Abhaltung von politischen Diskussionsveranstaltungen auf freiwilliger Basis ist zu begrüßen. Eine verpflichtende Abhaltung wäre jedoch ein Eingriff in die Schulautonomie und daher ist solch eine Verpflichtung nicht zielführend. Ebenfalls sollten aufgrund der drohenden Verlagerung der politischen Agitation auf die Schulen, solche Diskussionen nicht während eines Wahlkampfjahres geführt werden.

Vielmehr kann durch die Beibehaltung und durch den weiteren Ausbau der Demokratieoffensive des Burgenländischen Landtages die Jugend für Politik begeistert werden. In weiterer Folge ist eine Forcierung der „politischen Bildung“ als eigenständiges Unterrichtsfach notwendig, um den Schülerinnen und Schülern das notwendige Grundwissen und Handwerkszeug für eine politische Diskussion zu vermitteln.

Diese Maßnahmen sollen zu einer wesentlich Steigerung des Interesses für die Landespolitik unter den SchülerInnen führen. Abschließend wird durch eine derartige Attraktivierung auch die politische Diskussion im Allgemeinen gefördert.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Präsidentin des Landtages heranzutreten und gemeinsam politische Diskussionsveranstaltungen mit SchülerInnen und Mitglieder der Landesregierung zu planen sowie in weiterer Folge abzuhalten.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach ab der 7. Schulstufe in den Lehrplänen vorsehen;
- die Aktualisierung der gegenständlichen Unterrichtsmaterialien durchführen;
- Schuldiskussionen mit Bundespolitikern über eigens dafür einzurichtende Online-Plattformen digital ermöglichen.